



Anfrage zu einer möglichen Steigerung der Sozialhilfekosten in Wohlen

In der Weltwochenausgabe vom 27.10.2021 erschien ein Bericht unter dem Titel "Gemeinden droht Sozialhilfe-Tsunami". In diesem Bericht wurde folgendes erwähnt:

"Während der Flüchtlingskrise 2015 pflegte die Schweiz eine Willkommenskultur. Sechs Jahre später kommen Gemeinden und Städte nun dafür an die Kasse.

Der Ansturm war fast einzigartig: 39 523 Personen suchten 2015 in der Schweiz Asyl, 27 712 von ihnen blieben im Land, viele leben von der Sozialhilfe. Das tat aber bisher niemandem richtig weh, weil der Bund die Unterstützungsleistung still und leise finanzierte. Nach fünf beziehungsweise sieben Jahren Aufenthalt werden jedoch Kantone und Gemeinden für die gesamten Kosten der Sozialhilfeleistungen aufkommen müssen. Dieser Wechsel vollzieht sich gerade jetzt, wie die Städteinitiative dies in ihrem aktuellen Vergleich der Sozialhilfe zwischen Schweizer Städten bestätigt.

Die Sektion des Schweizerischen Städteverbandes, die vom Winterthurer SP-Stadtrat Nicolas Galladé geleitet wird und wo Grüne wie die Berner Gemeinderätin Franziska Teuscher im Vorstand sitzen, hat zwar kein Interesse, das Thema Sozialhilfe und Ausländer in ihrem Bericht hochzuspielen. Nur diskret wird deshalb darauf hingewiesen, dass in den meisten Städten eine Zunahme der Sozialhilfebeziehenden registriert worden sei, die als Geflüchtete in die Schweiz kamen.

Tatsächlich rast ein finanzieller Tsunami auf jene Schweizer Gemeinden zu, die in den letzten fünf Jahren viele Asylsuchende aufnehmen mussten. Es geht dabei auch nicht bloss um die Flüchtlinge aus dem Jahr 2015. Zwischen 2015 und 2019 haben knapp 90 000 Personen in der Schweiz ein Bleiberecht erhalten, die nun sukzessive den Gemeinden zur Last fallen – und das wahrscheinlich für Jahre und Jahrzehnte.

Daran ist die Städteinitiative selbst nicht ganz unschuldig. Wenn sich irgendwo auf der Welt ein Flüchtlingsdrama anbahnt, wie vor einem Jahr auf der griechischen Insel Lesbos oder auch nach der Machtübernahme der Taliban Ende August in Afghanistan, preschen Vertreter der Städteinitiative gerne mit dem Angebot vor, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Dabei hat man eigentlich noch nicht einmal die Spätfolgen der Asylkrise von 2015 verdaut. Und nicht nur das. Schon heute sind fast 60 Prozent der Sozialhilfebezügler Ausländer. Viele Schweizerinnen und Schweizer sind nicht mehr länger bereit, diese Art der Umverteilung mitzutragen, wenn die Nutzniesser in immer grösserem Umfang aus einem ganz anderen Kulturkreis stammen. Gegen 90 Prozent der Eritreer in der Schweiz leben von der Sozialhilfe, einige davon bereits seit Jahrzehnten. Das Gleiche gilt für Tausende von Syrern und Afghanen.

Flüchtlinge erhalten in der Schweiz von der Sozialhilfe monatlich ein Mehrfaches von dem, was sie in ihrer Heimat in einem Jahr verdienen. Der Grundbetrag für eine Person beträgt zurzeit 927 Franken. Die Gemeinde übernimmt zudem die Wohnkosten, die medizinische Grundversorgung sowie alle möglichen Extras. Eine vierköpfige Familie kommt so monatlich locker auf 5000 Franken Unterstützungsleistungen, steuerfrei notabene".

Für die SVP kann die aktuelle Situation nicht immer nur schöngeredet werden und die aktuelle Covid-19 Krise verbessert die Lage nicht. Es stellen sich für uns aus diesem Bericht die folgenden Fragen:

1. Wie ist die Haltung des Gemeinderats zu diesem Bericht?
2. Wird diese Willkommenskultur der Flüchtlingskrise 2015 auch die Gemeinde Wohlen treffen?
3. Wenn "Nein", warum nicht?
4. Wann "Ja", mit welchen höheren Kosten rechnet der Gemeinderat in den nächsten Jahren?
5. Sind diese steigenden Kosten im Budget 2022 bereits berücksichtigt?
6. Wenn "Nein", ab wann werden die steigenden Kosten berücksichtigt?
7. Kann der Gemeinderat generelle Massnahmen treffen, damit die Sozialhilfekosten in Wohlen wieder reduziert werden können?
8. Im Bericht wird erwähnt, dass gegen 90% der Eritreer in der Schweiz von der Sozialhilfe leben, einige davon bereits seit Jahrzehnten. Das Gleiche gilt für Tausende von Syrern und Afghanen. Kann der Gemeinderat diese Aussagen für Wohlen bestätigen?
9. Wie viele Schweizerinnen und Schweizer beziehen aktuell Sozialhilfe in Wohlen und wie hoch sind diese Kosten?
10. Wie viele Ausländerinnen und Ausländer beziehen Sozialhilfe in Wohlen und wie hoch sind diese Kosten?
11. Die Gemeinde Wohlen ist Mitglied des Städteverbands und bezahlt jedes Jahr mehrere tausend Franken Beitrag. Unterstützt der Gemeinderat die Haltung des Städteverbands, drohende Probleme möglichst nicht zu erwähnen, wie es im Bericht erwähnt wird?
12. Wenn "Nein", wird der Gemeinderat aktiv und den Städteverband auf ihre fragwürdige Kommunikation hinweisen?
13. Sieht der Gemeinderat einen effektiven Nutzen für die Gemeinde Wohlen, dem Städteverband weiterhin anzugehören?
14. Sollte Wohlen aus dem Städteverband austreten, auf welchen Termin wäre das möglich?

Für die Beantwortung der Fragen bedanken wir uns!

Wohlen, 16. November 2021

Fraktion SVP Wohlen-Anglikon

